

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 2. Juli. [Priv.-Telegr.] Der Zukunftsreich des Bundesrats nahm (wie schon im Hauptblatt mitgeteilt) gestern einstimmig eine von ursprünglichen preussischen Entwürfen abweichende neue Begründung vor, wonach der Herzog von Cambridge unbedingte von der Thronfolge in Braunschweig ausgeschlossen wird. Der jüngere Sohn des Herzogs ist in der Vorlage nicht erwähnt. — Aber den zukünftigen Regenten Braunschweigs ist in Bundesratskreisen nichts bekannt, man spricht jedoch jetzt von einem preussischen Prinzen als Regenten.

Braunschweig, 1. Juli. Ueber die von dem Staatsminister Graf Görz-Weisberg in der heutigen Landtag-Sitzung gemachten Mittheilungen meldet das Braunschw. Tagbl. Am 22. d. M., nach der Leidenfeier, habe der Herzog von Cambridge einen Ausweg bei dem Regentensprobleme nachgesucht und darauf aufmerksam gemacht.

Das ihm event. die Regentenschaft zuzuführen werde, zugleich aber erklärt, daß wenn er die Regentenschaft übernehme, er dabei den Vorbehalt mache, daß er keine Stellung im Königreich Großbritannien als englischer Staatsoberhäupter und englischer General nicht annehmen gewillt sei, ebenso seinen dauernden regelmäßigen Aufenthalt in London beibehalten wolle und müsse. Der Regentensprobleme habe die Erklärungen entgegengenommen, ohne in der Lage zu sein, darauf feierlichst sofort eine Erklärung abzugeben zu können. Am 12. Nov. hat sich dann der Herzog von Cambridge an den Staatsminister Grafen Görz-Weisberg geschrieben.

Da nach dem Regentensprobleme ein Antrag zum Regentensantritt in Bezugnahme auf den Herzog zu machen ist, so macht er darauf aufmerksam, daß die Regentenschaft ihm als einzigem vollberechtigtem Agnaten des Herzogs zufomme. Er erwidert, daß Regentensprobleme davon in Kenntnis zu setzen, daß er bereit sei, bei dauernder Behinderung des Kronprinzen die Regentenschaft zu übernehmen. Er setze voraus, daß bei enger Beratung an das Deutsche Reich über die Frage der Regentenschaft Frage getragen werde, seine, des Herzogs von Cambridge, Rechte zu wahren.

Unter dem 18. Nov. antwortete Graf Görz-Weisberg, daß der Regentensprobleme, in völliger Uebereinstimmung mit der gesetzlichen Vertretung des Landes, der Ansicht ist, daß die Frage der Regentenschaft für das Herzogthum, folglich auch die Frage wegen der dauernden Behinderung des Kronprinzen, ihre Erledigung ebenfalls von landesrechtlichen, als von reichsrechtlichen Gesichtspunkten zu finden habe. Da aber weder die erste noch die zweite Frage zur Realisation der Reichsorgane gelangt ist, so halte der Regentensprobleme nicht für angezeigt, der Stellung dieser Fragen schon jetzt näher zu treten.

Unter dem 23. März d. J. schrieb der Herzog von Cambridge an den Grafen Görz-Weisberg, indem er auf sein Schreiben vom 12. Nov. und die Antwort des Grafen Görz-Weisberg vom 18. Nov. Bezug nimmt,

wenn damals der Regentensprobleme nicht für angebracht gehalten habe, die Frage der dauernden Behinderung des Kronprinzen in nähere Erwägung zu ziehen, so sei in Anbetracht des schon verstrichenen Zeitraums die Beherrschung eine Pflicht, welche genöthigt, nach dem Staatsminister am 10. März im Landtage die Erklärung abgegeben habe, daß seit dem Schlusse des außerordentlichen Landtages von seiner Seite ein Verzicht zur Lösung der Thronfolgefrage im Werk gehe. Da die Thronfolge innerhalb eines Jahres nach der Thronbesteigung festzustellen nicht die Beherrschung eine Pflicht, als nächster Agnat des Herzogs, Hauses, der Reichsminister, ihm nach dem Geiste vom 16. Febr. 1879 und nach dem Landesgrundgesetz von 1832 aufzufinden Rechte vorzulegen, und er erwidere, daß der Regentensprobleme, Schritte zu thun, um seine, des Herzogs, hierauf bezüglichen Rechte zur Geltung zu bringen.

Unter dem 30. März schreibt Graf Görz-Weisberg an den Herzog von Cambridge:

Der Regentensprobleme bedauere, sich der Ansicht Cambridge, daß die dauernde Behinderung des Kronprinzen zur Pflichten geworden, nicht anschließen zu können; demnach ist es 8. des Regentensprobleme, wonach eventuell erst nach Ablauf eines Jahres ein Regent aus den volljährigen nicht regierenden Brüdern der zum Deutschen Reich gebörenden souveränen Fürstenthümer zu wählen ist. Vor Ablauf eines Jahres könne von einer dauernden Behinderung nicht die Rede sein, es sei denn, daß bereits innerhalb dieses Jahres durch bestimmte unabweisbare Pflichten die Behinderung klar bargelegt ist. In solchen Umständen solle es noch, und es würde ein Einpreisen in die Rechte des Kronprinzen unzulässig, jetzt die Beherrschung als erwiesen anzunehmen. Zudem nun der Regentensprobleme sich daher sowohl hinsichtlich der Thronfolgefrage, als auch der Ansprüche auf die Regentenschaft nach Maßgabe des Landes- und Reichsstaatsrechtes und nach Maßgabe der Ereignisse seine Rechte ausdrücklich vorbehalten, glaube derselbe der Anforderung des Herzogs von Cambridge unzulässiger antworten zu können, als der Regentensprobleme sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt habe, daß die Frage der Thronfolge und demnach auch die Frage etwaiger Rechte auf die Regentenschaft nicht bloß nach der Maßgabe des Landesstaatsrechtes, sondern auch des Reichsstaatsrechtes zu entscheiden sei, und daher in letzterer Beziehung die Entscheidung dem Reich zuzuführen, und daß der Regentensprobleme sich verpflichtet habe, in dieser Beziehung eine völlig neutrale Stellung einzunehmen. Der Regentensprobleme habe sich nicht für bereitwillig der Entscheidung des Reiches in dieser Frage irgend eine Vorzug zu erweisen, sondern müsse es etwa Vorschläge überlassen, die Initiative selbst zu ergreifen und ihre Stellung zum Deutschen Reich zu regeln. Hiernach glaube der Regentensprobleme dem Herzog von Cambridge abzugeben zu sollen, seine Wünsche zunächst bei den Organen des Reiches zur Geltung zu bringen.

Unter dem 8. Juni schreibt der Herzog von Cambridge an den Grafen Görz-Weisberg,

daß er unter den obwaltenden Umständen eine Fortsetzung der Verhandlung nicht für angezeigt halte, und selbst gleichzeitig eine Rechtsverhandlung ein, mit dem Entschluß, dieselbe dem Landtage mitzubringen. Diese Rechtsverhandlung lautet im wesentlichen: Nach dem Ableben des Herzogs Wilhelm und bei der Benennung des Regierungssuccesors des zunächst berechtigten Kronprinzen, dessen Sohn dem jetzt fortwährenden Regentensprobleme meinen Beschluß, von diesem meinen Beschluß Gebrauch machen zu wollen, zur Kenntniß gebracht, aber bisher meine Zustimmung zur Lösung desselben nicht erlangen konnte. Damit nun kein Zweifel darüber obwalte, daß ich mein Recht auf die Regentenschaft im Herzogthum sowie auf alle übrigen mir als nächstem vollberechtigtem Agnaten des Herzogs Wilhelm zu-

stehenden Rechte und Befugnisse in vollem Umfange und mit allen gesetzlichen Mitteln zu verfolgen beabsichtige, bin, lege ich hierdurch gegen die bisherige Behinderung der Ausübung dieser Rechte Verwahrung ein. Da protestire gegen die Anwendung des 8. des Regentensprobleme und erkläre, daß ich außer der Beherrschung zur Regentenschaft an Stelle des zeitweilig beschriebenen Kronprinzen für den Fall, daß dessen Succession definitiv in Bezug kommen sollte, das Recht der Vormundschaft und vormaligen Regierung im Herzogthum Braunschweig für den alsdann nächstberechtigten Thronerben, eventuell aber auch in Ermangelung eines männlichen Successionsberechtigten das Recht der Regierungssuccession für mich selbst in Anspruch nehmen. Zugleich verleihe ich mir alles, was Agnatenrechte aus dem Vermögen des Herzogs, mag solches mit dem Kammergute oder getrennt davon vertheilt worden sein.

Graf Görz-Weisberg befragt dem Herzog von Cambridge den Empfang der Verwahrung und bemerkt,

daß, wenn darin die Frage, ob der Herzog von Cambridge bei eventueller Regentenschaftsübernahme seine gegenwärtige Stellung in Großbritannien beibehalten wolle, nicht erwähnt sei, so sei mit Rücksicht auf seine frühere Erklärung wohl zu folgern, daß der Herzog von Cambridge an der Sache kein Interesse habe.

Darauf schreibt der Herrscher dem Herzog von Cambridge an den Grafen Görz-Weisberg,

daß er, was die unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzuwendende Regentenschaft anlangt, an der damals geltenden Ansicht auch ferner festhalte. Bei den etwa verändernden Umständen, als Vormundschaft oder Succession, werde er die Frage erneut in Erwägung ziehen. Derselbe setze aber mit der Anerkennung seiner Rechte keineswegs in Verbindung; deshalb habe er keine Veranlassung gehabt, diese Frage in der Verwahrung zu erwähnen.

In die Verlesung dieser Schriftstücke hätte sich seine Disposition. Der Landtag wurde hierauf bis auf weiteres vertagt.

London, 1. Juli. Der russische Botschafter Baron Gal hatte nachmittags mit Lord Salisbury eine lange Unterredung, wie es heißt, hat sich hierbei um die Festsetzung der Unterabgrenzung über die afghanische Grenze gehandelt. — In der Grafenliste hat sich Bartlett mit 173 Stimmen gegen den liberalen Kandidaten Hawkes mit 336 Stimmen ins Unterhaus gewählt worden.

Madrid, 1. Juli. Die Cholera ist in der Provinz Valencia in steter Zunahme begriffen. In Kranzeln (4000 Einwohner) starben in 24 Stunden 104 Personen an der Seuche.

Deutsches Reich.

* Berlin, 1. Juli. Als Gasten wird gemeldet, daß die Vertheilung der Wohnung für den Kaiser im Badedolfe aufrecht erhalten werde und daß keinerlei Gegenstände eingekauft seien. Wie bekannt, wird Prinz Wilhelm mit Gemahlin zum Besuche des Prinzen in Bad Nauheim im Oktober sich in der ersten Hälfte des August nach Wien begeben.

Welter vor zehn Jahren, am 1. Juli 1875, ist die neue Deutsche Reichsverfassung glücklich ins Leben getreten. Ein Jahrzehnt ist nun seitdem verstrichen, und gewiß darf man heute sagen, daß von all den neuen Einrichtungen, welche wir dem neuerlandenen Deutschen Reich zu danken haben, kaum irgendeine andere sich überall so leicht eingeführt und so fest eingebürgert hat, als diese neue Verfassung. Die demokratischen Prinzipien, groß und klein, welche früher unmissen und sich nicht leicht an dem vormaligen Kleinfaust erwiderten, sind nun dem Reichthe verstrichen, die fremdlandischen Prinzipien, welche einseitig die deutsche Nation überhöhen wollten, haben sich in mangelhafter Umfassung in der täglichen Vertheilung brachen, sind nicht mehr zu sehen, und einer Welt läuft durch alles deutsche Land und zeigt sich in seinem Heile von dem neuen Reiches Größe und Einheit.

Der Staatsminister des Reichspostamts hat durch Verfügung vom 22. Juni d. J. die Förderung des Umlaufs von Kleingeld angeordnet. Es wird den Verkehrsanstalten besonders zur Pflicht gemacht, dauernd dafür zu sorgen, daß in den Kassen jederzeit ausreichende Vorräthe an Scheidemünze zur Herauszahlung an das Publikum vorhanden sind. Wenn seitens des Publikums zur Entrichtung von Gelden größere Geldsorten in Zahlung gegeben werden, sind solche bereitwillig anzunehmen und die überhöhen Beträge, sofern ein anderer nicht ausdrücklich gewünscht wird, schnellst in kleineren Geldsorten zurückzugeben.

Der Reichstag der Reichshauptstadt pro 1884—1885 gestaltet sich erheblich günstiger, als bei Beginn der Etatsberatung pro 1885—1886 angenommen werden konnte. Die Einkünfte, sowie die Zölle, e. haben einen bedeutenden Mehrertrag ergeben, so daß das Defizit sich im ganzen auf ca. 5700,000 M. beläuft, betrage 9,000,000 M. weniger, als angenommen worden war.

Die demokratische „Neue Bad. Landes.“ erfährt von zuverlässiger Seite, daß am vorigen Sonntag eine sozialdemokratische Führerversammlung in einer Stadt Mitteldeutschlands stattgefunden hat, in welcher eine Verhängung Webers mit der sozialistischen Majorität — Profine, Hajenloher, Auer, Kayler, Kräder, Grillenberger e. — stattgefunden hat.

* Die „V. B. R.“ beschäftigen sich heute mit der Repeitorgewehrfrage. Derselbe ist in letzter Zeit wieder mehrfach zum Gegenstande weit ausgelegener Betrachtungen sowohl in ausländischen als namentlich auch in deutschen Blättern gemacht worden. Bei der Klammichkeit der Gesichtspunkte, von denen aus sich die Frage betrachten läßt, ist es erklärlich, wenn ein deutsches Durchschneiden von Schweden und Schweden und Lürdigen, Sachtigkeit und Tendenzmacherei, zu Tage tritt. Dem Kern der Sache am nächsten dürfte man kommen, indem man daran festhalte, daß technisch die Ueberlegenheit des Repeitorgewehres über den Einzelader feststehe, daß der allgemeinen Einführung der neuen Waffe in die europäischen Heere ausstehen werden hinsichtlich der Natur entgegenstellen, die gewichtiger ergehen als das Maß der militärischen Ueberlegenheit, welche demjenigen Staate zuzuführen werden würde, der in dieser Frage die Initiative ergreife. Auch liegt es auf der Hand, daß in solchem Falle alsbald die andern Mächte nachzulaufen dürften, sodas nach Darbringung der beherrschenden Gelehrten, doch wieder ein andererseits Gleichgewichtszustand eintrete, wie er auch jetzt schon herrscht. Das etwa Deutschland auf diesem Wege voranziehen sollte, ist daher kaum anzunehmen. Das jetzt eben in der französischen Deputiertenkammer angenommene Armeebudget pro 1886 weist keine Summen für Umländerung der Waffensysteme auf; damit ist auch dort die Repeitorgewehrfrage mindestens um ein volles Jahr vertagt. Die übrigen Militär-

mächte aber dürften noch weniger in der Lage sein, als die Einführung von Repeitorgewehren aus eigener Initiative herauszutreten.

— In Ungarn, in dessen berühmten Universitäten zusammen ungefähr 2000 Jüder, d. h. Töchter und Söhne, und 2000 Jüder am Montag die Arbeit niedergelegt. Der Grund dieser Arbeitslosigkeit liegt in der Vertheilung der Universitäten, ihre Schüler zu langjähriger Bindung zu veranlassen, womit jene sich jedoch nicht einverstanden erklärten, indem sie die Beibehaltung der vierjährigen Bindung forderten.

Δ Wilhelmshaven, 1. Juli. Mit dem heutigen Tage tritt an Stelle des früheren Mededepots das Werkbureau mit Werkstoffbetrieb. Zum Vorstand desselben ist der Hauptmann von Sebatianow Düring bestellt und sind alle Requisitionen und Aufträge an das Werkbureau für die Administration der Nordsee zu richten. — Als Vorkommnisse für S. M. Boie „Pomerania“ ist bis auf weiteres Nordsee bestimmt. — S. M. Boie „Bage“, „Wespe“, „Wiper“ und „Salamanca“ sollen am 1. Aug. in Dienst gestellt werden.

Halle, den 2. Juli.

— Wie wir schon mittheilten, ist die Kreisynode der Stadtkirche Halle am den 9. d. feierlichst. Derselbe tritt um 9 Uhr in Saale der Stadtkirche an und wird von dem Vorsitzenden der Synode begrüßt. 1. Eröffnung der Synode durch Schriftlesung und Gebet. 2. Bericht des Synodalpräsidenten über den Verlauf der Synode, Feststellung der Synodalrechnung und des Etats; Referat: Dr. Medialis Bonn. Besondere Vorklagen seitens des Kirchenregiments sind diesmal beifällig nicht gestellt, sondern es wird erwartet, daß der Synodalbericht zum Ausgangspunkt der Besprechung wichtiger Angelegenheiten des Synodalbezirks genommen werde.

— Der hiesige Graf Adolf-Beigebere hat gestern abend im „Jung“ eine diesjährige Generalversammlung. Erster Gegenstand derselben war der Jahresbericht des Vorsitzenden Hrn. Oberbürger Saran. Er berichtet zunächst die Arbeiten des großen Centralvereins, wie sie sich auf der letzten Versammlung in Wiesbaden bargehalten hatten, und ging dann über die Beschäftigung der hiesigen Synode über, bei der der Protestantismus in der Diözese und dort unter besonders schwierigen Verhältnissen gegen die römischen Verordnungen und Ueberlieferungen bestehen muß, zurück. Die nächste Generalversammlung des großen Vereins findet, wie wohl bereits bekannt ist, am 8.—10. Sept. in Eisenach statt. Der Provinzialverein, der hiesigen Synode, hat sich ebenfalls über den Antrag, welche die Kreisynode ergreifen haben, um Stärke zu gewinnen, und ist die Zahl der ihm angehörenden Vereine auf 71 gestiegen. In finanzieller Hinsicht ist das Jahr indes nicht günstig gewesen, wohl weil das Aufhebungsjahr für vieles andere in Anspruch genommen hat. Die Reformationsstiftung hat 4500 M. abgeben. Die Frauenvereine konnten die anstehende Summe von 8000 M. die Gesamtsumme der Provinz bezifferte sich auf 40,000 M. Als die Uebe auf die beliebige Veranlassung kam, wurde beklagt, daß auch dort wieder nur der kleinere Theil der Vereine vertreten gewesen — ein Mangel, der bisher vergeblich vom Vorstande des Provinzialvereins bekämpft ist. Die nächste Kreisynode findet am 4. und 5. August in Erfurt statt und soll sich über eine Nachbesprechung anschließen. Der Provinzialverein ist auch im verflossenen Jahre seine Arbeiten in gewohnter Weise fortgesetzt. Wandelte mögliche Umstände führten eine Verminderung der Einnahmen um 200 M. herbei. Nach den Angaben des Vereinspräsidenten Hrn. Oberbürger Alberts betrug die Einnahme im verflossenen Jahre 12,150 M. und die Ausgaben für den Provinzialvereins in Wartenburg ab, und zwei Drittel müssen an den Hauptverein abgeführt werden, sodas 7387 M. verfügbar bleiben, die unter die drei bisherigen Abtheilungen des hiesigen Provinzialvereins, die Gemeinden Witten, Wöschow in Witten und Witten, wieder vertheilt werden sollen. Auf die Einnahme durch den Provinzialvereins in Wartenburg und die Reformationsstiftung entfallen auszuführen. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder Alberts, Bage, Pannan, Gharlach werden wiedergewählt.

— Für den mit dem 1. Okt. aus seinem Kirchenamt auscheidenden Küster Hrn. Karban ist vom Kirchenregiment der Rath der Marienkirche der Lehrer und Küster Golschacher aus Witten gewählt worden, welcher den hies. Provinzialvereins auf Verlangen zurücktreten werden wird. Derselbe wird, da Dr. Karban sein Diensthverhältnis vorläufig beibehält, die an der Marienkirche 4 belegene Wohnung beziehen.

— Bekanntlich soll in der Domkirche die bisherige nicht gut dienende Dompropst durch eine neue Dompropst ersetzt werden. Die Arbeiten der betreffenden (moderburger) Monteur begannen nächsten Montag. Außerdem werden im Schiff der Kirche die Stühle erneuert. Der Gottesdienst findet inzwischen auf dem alten Gottesdiensthause am Marktplatz statt.

— Der Gewerbeverein beschloß, zu der am 18. und 19. d. in Weimar stattfindenden Generalversammlung der Thüringischen Gewerbevereine einer Delegation zu entsenden. Hauptsächlich des geplanten Ausfluges nach Wittenburg ist in Ermahnung eines günstigen Witterunges Sonntag der 12. d. in Aussicht genommen. Sollte auch an diesem Tage die Witterung des Witterungsbereiches der Ausführung des Unternehmens günstig sein, so soll der Mannheimer Gattentwergen ein Besuch gemacht werden.

— Der hiesige Verband der Deutschen Reichsdiensthule hält nächsten Sonntag in Fröhberg Garten sein Sommerfest, am Nachmittag mit Konzert, Verloosung, Jahrmarkt e. verbunden und mit einem Belustigungen abschließen. Die Teilnahme überhalb des Verbandes stehender ist nicht nur gestattet, sondern auch ausdrücklich Wille hochzuwünscht, um dem schönen Zweck diesmal theilhaftige Förderung widmen zu können.

— Gelegenheitlich des bevorstehenden Sommerfests des Ranzelvereins Gule gelangt auch eine Anzahl privilegirte Gutsbesitzer zur Ausgabe, die manchen gelangenen Will entfällt.

— In heutiger Sitzung des Schöffengerichts wurde u. a. der 13jährige Knabe Otto W. von hier wegen Verwundung von Blumen mittels Ueberlegen eines Gortenzugs zu 2 Tagen Haft bestraft. Das geringe Verbrechen ist in seinem jugendlichen Alter und seinen Verhältnissen zu danken. Mit Recht wurde seitens der Anwaltschaft betont, daß die Ueberlegen der unter Aufsicht von Mütter und Köchen zu Bierden der Straßen gehaltenen Warten auswendig zu machen ist. — Wegen Ueberlegen und unerlaubten Betretens der Frauenabtheilungen wurde der schon vorbestrafte Karl Albert B. von hier zu 10 Tagen, der Max B., ebenfalls von hier, wegen großen Unfluges und Betretens öffentlicher Anlagen gleichfalls zu 10 Tagen Haft bestraft.

— Auf dem Rittergute des benachbarten Tornau ist unter dem weiblichen Arbeiterpersonele eine epidemische Augenkrankheit ausgebrochen, sodas die Betroffenen sich einer Untersuchung in der hiesigen Augenklinik unterziehen mußten.

— In dem benachbarten Witten ist in diesem Jahre unter den Schweinebesitzern der Rothlauf besonders häufig auf. In kurzer Zeit sind etwa 40 Schweine der Seuche erlegen.

— Auf der Straße „Große Zukunft“ am Galgenberge ist in vergangener Nacht ein befehlenswerter Unfall geschehen; ein Bergarbeiter aus Griebentheim kam durch einen Steinwurf von U. C. ...

Unbefriedigend.

• Wilsberg, 1. Juli. Prof. Gerhardt hat den Ruf nach Berlin angenommen.

Gründer-Nachrichten.

Der Nachruf unserer Original-Korrespondenten aus der Provinz ...

• Delitzsch, 2. Juli. Ueber die Verhältnisse des hiesigen Seminars ...

• Torun, 1. Juli. Es bereift fast kein Jahr, das nicht dem Baden in der Elbe ...

• Berlin, 1. Juli. So ungeschicklich auch die Nichte ist, sie fordert doch Zeit zu Zeit ihr Opfer ...

Vermischtes.

— (Emile Zola über Journalisten und Journalisten). Der geistvolle französische Dramatiker widmet zuerst den scharflichen Anforderungen des Journalismus ...

— (Eine exzessive Scene) rief am Dienstag ein gewisser Wolowski, Korrespondent ungarischer und polnischer Blätter ...

— Von einem harten Schlag) die Berliner Fischer und Fischhändler betroffen waren ...

— (Einem hochfahrenden Angeber in Leipzig) ist der gefährliche Lohn für seine Erbarmlichkeit geworden ...

fabrik ein ein Kriminalbeamter auf das Polizeipräsidium, wo er in Nachmittags verurtheilt wurde ...

Aus dem Letztreise.

Der Herr Oberster! Die Eltern werden Ihnen danken, das Sie das allzukäufliche ...

• Berlin, 2. Juli. (Privat-Telegramm) Am Dienstag und Mittwoch emittirt die Diskontogesellschaft 46,400,000 Reichsmark ...

• Halle, 2. Juli. Die Halleische Straßenbahn verkehrt am 2. Juli 16,553.30 M. (gegen 14,771.65 M. im Juni 3.) ...

• Berlin, 1. Juli. (Königliche Preisbestimmung des Getreides) Weizen per 1000 kg. loco ...

Waren- und Produktberichte.

• Berlin, 1. Juli. (Königliche Preisbestimmung des Getreides) Weizen per 1000 kg. loco ...

pr. Juli 17.10, pr. Nov. 17.70, Roggen loco ...

Telegraphische Kursberichte. (Privat-Telegramm.)

Table with columns for location (Berlin, London, etc.), date, and price. Includes entries for 'Kursberichte', 'Kursberichte', and 'Kursberichte'.

Nachrichten des Handelsamtes Halle vom 30. Juni.

Angaben: Der Geschäftsbauer Adolf Robert Brandt und Anna Ida Weidandt ...

Fremdenliste.

Angenommene Fremde vom 1. bis 2. Juli. Stadt Hamburg, Dr. Sippel m. Fam. ...

Nach Schluss der Redaktion:

• Halle, 2. Juli. In heutiger Schmutzgerichtssitzung ward die verehel. Dienstmädchen Henriette ...

